
LUDWIG STEINER

DIE VORBEREITUNG ZUR REISE NACH MOSKAU IM APRIL 1955

Zur Vorgeschichte des Staatsvertrags¹

Es geschieht sicherlich nicht oft in der Geschichte irgendeines Landes, dass die Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages, der schwere materielle Belastungen bringt, von der Bevölkerung so stürmisch bejubelt wird wie die des Staatsvertrages am 15. Mai 1955.

„Staatsvertrag“ — das war in Österreich ohne Zweifel das „Wort des Jahrzehnts 1945–1955“. Nach der ersten Tagung der Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag in London, Ende Januar 1947, wurde „Staatsvertrag“ sehr bald auch noch zum Synonym für „Die Freiheit Österreichs“.

Bis zum berühmten „Österreich IST frei“ am 15. Mai 1955 war es dann allerdings ein unglaublich langer, mühseliger Weg. Das zeigt allein schon die Abfolge der internationalen Konferenzen zu diesem Schicksalsthema der Österreicherinnen und Österreicher.²

Dieser lange Weg konnte allerdings überhaupt nur beschritten werden, weil an seinem Anfang die Befreiung vom Nationalsozialismus durch den Kampfeinsatz und die Opfer der alliierten Truppen stand, die damit das Ende des furchtbaren Krieges herbeigeführt haben. Im Gedenken zum 15. Mai 1955 ist diese Befreiung vom Nationalsozialismus stets ein fester Teil unseres Bewusstseins.

Den 15. Mai 1955 konnten die Österreicherinnen und Österreicher in allen Landesteilen gemeinsam feiern. Die Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime erfolgte dagegen 1945 in den einzelnen Landesteilen Österreichs zu ganz verschiedenen Zeitpunkten. Weiters wurde die Befreiung und das Kriegsende von der Bevölkerung ganz unterschiedlich erlebt

¹ Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des DÖW, Wien, 15. März 2005.

² Seit Januar 1947 wurde in rund 370 Sitzungen (260 Sitzungen der bevollmächtigten Stellvertreter, 85 Sitzungen der „Austrian Treaty Commission“ und der Außenminister) 8 Jahre verhandelt. Dazu kamen dann die Verhandlungen der Regierungsdelegation im April 1955 in Moskau, der Botschafterkonferenz in Wien Anfang Mai bis 13. Mai, am 14. Mai die Außenministerkonferenz — einen Tag vor Unterzeichnung.

— je nachdem, welche Truppe einrückte, je nachdem, ob dies im Zuge von Artillerie und Infanteriekämpfen oder erst nach Ende der Kämpfe erfolgte.

Zum Beispiel haben wir in Tirol den für Österreich so historischen Tag, den 27. April 1945, nur als eine Information in einem Auslandssender erlebt.

Oder etwa: Innsbruck, wurde zwei Tage vor dem Einrücken der 103. US-Infanterie Division am 2. Mai 1945 befreit und war schon am 3. Mai 1945 in der Hand des Exekutivausschusses des Widerstandes. Das hat man wahrscheinlich bei den überwältigenden Erlebnissen zu dieser Zeit in Wien nicht besonders zur Kenntnis nehmen können.

Und so gibt es für die Österreicherinnen und Österreicher sehr unterschiedliche emotionelle Erlebnisse, die sich aus dieser Zeit in unser Gedächtnis eingepägt haben.

Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs 1945 war es der Bevölkerung nicht sofort ganz klar, ob überhaupt und allenfalls in welcher juristischen Form die Wiedererrichtung Österreichs entsprechend dem konkreten Inhalt und dem Geist der Moskauer Erklärung über Österreich vom 1. November 1943 erfolgen sollte.

Die im April und Mai 1945 gerade aus den Gefängnissen und KZ-Haft befreiten Politiker der Gründergeneration der Zweiten Republik waren sich im Zusammenhang mit der Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 klar, „dass Österreich, das erste freie Land [war], das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll“.

Und auch „[...] dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird“.³

³ „Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Äußerungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist. Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und

Dass es 1938 eine Angriffspolitik gegen Österreich gab, war genau das, was viele von den Politikern der ersten Stunde der Zweiten Republik hautnah schon mit der ersten Verhaftungswelle im März 1938 mit aller Härte erlebt haben. Sie haben an sich selbst leidvoll erfahren, dass viele österreichische Nationalsozialisten — als Fünfte Kolonne —, zum Teil mit hysterischer Begeisterung, an der Zerstörung Österreichs, mitgemacht haben. Sie haben die „Sieg Heil“-Schreier, einschließlich der so genannten „Märzveilchen“, und ihre Folterknechte, nicht vergessen. Wie sollte dies auch möglich sein?

Es war für die Mitbegründer der Provisorischen Bundesregierung und der dann auf der Grundlage allgemeiner Wahlen eingesetzten Bundesregierung selbstverständlich, dass zur Überwindung der Ereignisse der letzten sieben Jahre Maßnahmen gegen Nationalsozialisten getroffen werden mussten.

Die Besatzungsmächte haben in ihren Zonen von sich aus Maßnahmen gesetzt, was zum Teil zu sehr unterschiedlichen Verfahren führte.

In den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende war die Bevölkerung ganz von der Bewältigung der schwierigen Alltagsprobleme, die wiederum in den verschiedenen Besatzungszonen anders gelagert waren, voll in Anspruch genommen. Die Sorge um das tägliche Brot, die Sorge um die Unterkunft und, für einen großen Teil der Bevölkerung, die Sorge über das Schicksal der Vermissten und der Kriegsgefangenen waren für die Einzelnen vorrangig.

Als sich dann die Besatzungsmächte als Alliiertes Rat voll etabliert hatten, zeigte sich, dass die Freiheit der Österreicherinnen und Österreicher noch ihre Grenzen hatte. Die Provisorische Regierung, die erst nach den Länderkonferenzen schrittweise von den Ländern zur Kenntnis genommen wurde, sah ihren Entscheidungsspielraum durch den Alliierten Rat oder durch die Militärregierungen in den jeweiligen Besatzungszonen immer wieder eingeengt.

So entwickelten sich verschiedene Kräftelinien der Macht im Staate nebeneinander her.

Ganz allgemein wurden Verordnungen der Provisorischen Bundesregierung in den westlichen Bundesländern nur teilweise oder schleppend umgesetzt. Das änderte sich erst schrittweise nach der Nationalratswahl im Oktober 1945. Bereits die Provisorische Regierung hat versucht sich Klarheit über den zukünftigen Status Österreichs zu verschaffen.

dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“ (Zitiert nach: Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität, 3. Aufl., Graz–Wien–Köln 1985, S. 214).

Das war nicht nur wegen der Belastungen der Bevölkerung durch die Besatzungsmächte notwendig, die umso mehr als solche empfunden wurden, je weiter Nationalsozialismus und Krieg zurücklagen. Die Administration der Besatzungsmächte perfektionierte sich und wurde so immer mehr als Unfreiheit empfunden.

Es kam noch ein anderes Element hinzu. 1946/47 wurden die Gerüchte über tief greifende Spannungen zwischen den Besatzungsmächten immer stärker. Anfangs hielten wir das für pure Gerüchte von unverbesserlichen alten Nationalsozialisten. Dann mehrten sich dafür doch greifbare Anzeichen. Damit stieg die Angst vor einer Teilung Österreichs.

Bei den westlichen Besatzungsmächten tauchten immer wieder die eigenartigsten Ideen auf. Für uns war es nicht immer gleich möglich, zu erkennen, ob dies nur ein Fabulieren von Unzuständigen ist oder ob so etwas ernst genommen werden musste. Im Stabe des französischen Generaladministrators in Innsbruck wurde öfters die Idee eines Südwestdeutschen Staates mit Vorarlberg, Tirol und Bayern herumgereicht. Wir fanden das in Tirol gar nicht spaßig.

Dann wurde auf einmal von dieser Seite angeregt, Österreich solle sich mit französischer Unterstützung um einen Anschluss des so genannten „Deutschen Eck“ auf der Linie Reichenhall – Rosenheim an unsere Republik bemühen.

Im Laufe des Januars 1947 gab es doch die erste Zusammenkunft der alliierten Außenminister mit dem Auftrag zur Ausarbeitung eines Staatsvertrages mit Österreich. Allerdings wurde dabei ein Zusammenhang mit einer allfälligen Lösung für Deutschland hergestellt.

Das war dann der Beginn der langen Jahre der Hoffnungen und der enttäuschten Hoffnungen, wobei in der Bevölkerung immer wieder Bedenken aufkamen, dass allenfalls die alliierten Mächte an eine generelle Neuregelung in Mitteleuropa dachten. Dies waren Überlegungen vor allem von älteren Menschen, die sich noch sehr gut an die willkürliche Aufteilung des Erbes der Monarchie nicht einmal 30 Jahren davor erinnerten.

Die zentrifugalen Kräfte wurden in Österreich, besonders in den westlichen Bundesländern, immer stärker, nicht selten unterstützt von manchen Kräften der Besatzungsmächte.

Ein typisches Beispiel waren die Vorgänge bei der Rückgabe des Rundfunksenders Dornbirn durch die Franzosen an die Vorarlberger Landesregierung. Diese verweigerte vorerst die Übergabe des Senders an die RAVAG, wie dies gesetzlich vorgesehen war. Letztlich kam es zur Androhung eines Gendarmerie-Einsatzes, um Bundesrecht durchzusetzen.

Solche Tendenzen konnten mit der Zeit eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt der Republik heraufbeschwören. Es musste also mit aller Kraft versucht werden, allenfalls neue Wege der Staatsvertragspolitik einzuschlagen.

Da die Sowjetunion durch ihr ständiges Njet keinen großen Willen zum Abschluss eines Vertrages mit Österreich zeigte, war es die grobe Grundstruktur der österreichischen Staatsvertragspolitik bis zur Zeit nach Stalins Tod, ein starkes Vertrauensverhältnis zu den Westmächten aufzubauen und zu erhalten, in der Meinung und der Hoffnung, dass nur die westlichen Alliierten die Sowjets zur Zustimmung zum Abschluss des Staatsvertrages bringen könnten.

Das führte zu einer Überschätzung der Möglichkeiten und des Willens der Westmächte. Sicherlich war dies eine Fehleinschätzung — allerdings auf Grund westlicher, nebulöser Andeutungen —, was etwa die USA, Frankreich und Großbritannien für Österreich zu tun bzw. welches Risiko diese Staaten gegen einen starken sowjetischen Druck auf Österreich einzugehen bereit wären.

Jedenfalls wollte Österreich kein „unsicherer Kantonist“ sein. Es sollte alles getan werden, um nicht das Vertrauen der West-Alliierten zu verlieren. Das entsprach auch der festen Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Die Sowjetunion wurde auf Grund ihrer Politik in unseren östlichen Nachbarländern als große Gefahr angesehen. Die sich mehr und mehr verschärfende Ost-West-Spannung erzeugte große Angst in der Bevölkerung. Jeder direkte Kontakt mit den Sowjets in Staatsvertragsangelegenheiten war in der damaligen öffentlichen Meinung und in einigen Parteienführungen sofort suspekt.

Nach dem Tod Stalins am 5. 3. 1953 kam es zum Versuch einer neuen Einschätzung der Haltung der Sowjetunion. Das plötzliche Verschwinden der großen Stalin-Bilder auf den Gebäuden der sowjetischen Besatzungsmacht war ein Signal. Man war sich klar, dass interne Auseinandersetzungen, die in der UdSSR zu erwarten waren, allerdings erst in Erfahrung gebracht und bewertet werden mussten.

Ich sage dies aus der Sicht eines Sekretärs des Bundeskanzlers Julius Raab, ich kann hier nur persönliche Wahrnehmungen darstellen, deren Wertung ich gerne beruflichen ZeitgeschichtlerInnen überlasse.

Bundeskanzler Raab wollte den Versuch wagen, schrittweise wenigstens ein unbedingt notwendiges Maß an gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Eine solche Politik der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ mit der sowjetischen Besatzungsmacht war allerdings nur dann möglich, wenn die

Bevölkerung dadurch spürbare Erleichterungen des Besatzungsregimes erleben konnte.

Tatsächlich kam die sowjetische Hochkommission den Forderungen des Bundeskanzlers schrittweise nach, der jedes Mal für solches „Entgegenkommen“ — das unter normalen Verhältnissen eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre — öffentlich Anerkennung zollte. Dies führte zu einer harschen innenpolitischen Polemik.

Von allem Anfang an durfte nie eine Unklarheit darüber aufkommen, dass von österreichischer Seite keine eigenen ideologischen Grundsätze aufgegeben werden. Es konnte sich lediglich um die Bereitschaft handeln, die machtpolitische Situation in Europa zur Kenntnis zu nehmen — das hieß, die UdSSR als eine Großmacht in Europa anzuerkennen.

Die Ausgangslage für diese Gespräche war einmal durch ein totales Misstrauen auf beiden Seiten gekennzeichnet und dann durch die Überlegung, ob man einen Versuch zum Aufbau eines unbedingt notwendigen gegenseitigen Vertrauens in Österreich innenpolitisch durchstehen könnte.

Vor allem war es notwendig, die Erfahrungen von Personen kennen zu lernen, die Verhandlungspraxis mit den höchsten sowjetischen Stellen hatten und die auch etwas über die Vertragstreue der Sowjets über einen längeren Zeitabschnitt sagen konnten.

Die Gespräche mit dem späteren finnischen Staatspräsidenten Kekkonen Anfang 1953 waren dabei ganz entscheidend.

Besonders von Bedeutung waren die direkten Kontakte des Bundeskanzlers mit dem österreichischen Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff, der über ausgezeichnete Kontakte mit Personen der sowjetischen Führung verfügte und der vor allem eine völlig andere Sicht der sowjetischen Verhältnisse hatte, als sie damals in Österreich üblich war.

Natürlich konnte man sich auf viele Erfahrungen von niederösterreichischen Bürgermeistern und Landesregierungsmitgliedern stützen, die täglich Kontakte zur Besatzungsmacht hatten. Die Bandbreite eines solchen Erfahrungsaustausches ging hin bis etwa zum Vizepräsidenten der Österreichisch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft Prof. Dr. Lugmayer, der ebenfalls über tragfähige Kontakte in Moskau verfügte.

Bei den Kontakten mit dem sowjetischen Hochkommissar wurde sehr bald klar, dass er immer nur nach sofortiger Rücksprache mit seiner Regierung agierte. Das gab beiden Regierungen wichtige Erfahrungen und Einschätzungen der Handschlagskapazität der verantwortlichen Politiker. Es wurde bald erkennbar, es ging den Sowjets nicht nur um die weitere Präzisierung von Paragraphen des Staatsvertragstextes. Sie wollten in Erfah-

rung bringen, mit welcher politischen Haltung Österreichs sie — in dieser so hoch sensiblen geopolitischen Lage in Mitteleuropa — in Zukunft zu rechnen hätten, falls sie die Entlassung Österreichs in die volle Souveränität — in die volle Freiheit — mitverantworten sollten.

Einen Teil Österreichs als Pfand in der Hand zu halten und dann sowjetische Soldaten von Positionen, die sie in schweren, verlustreichen Kämpfen erobert hatten, zurückzuziehen — das durfte aus ihrer Sicht nur ohne Gesichtsverlust und mit Sicherheiten für die Zukunft geschehen.

Die Form dieser zukünftigen Position Österreichs ließ sich dann letztlich mit „immerwährender Neutralität“ definieren. Auch dazu gibt es eine sehr lange Vorgeschichte.

Über Neutralität wurde in den Jahren 1946 bis 1948 von verschiedenen politischen Persönlichkeiten gesprochen, allerdings auch mit verschiedenen Inhalten der Neutralität. Manche Formulierungen glichen einfach der Position der Blockfreien. Andere machten schon damals ganz klar, Neutralität könne nicht Gesinnungsneutralität sein. Wäre nur noch zu sagen: Auch die Sowjets hätten mit einer „Blockfreiheit“ Österreichs keine Freude gehabt.

Ein Argument gegen die — meist von westlicher Seite und da besonders in der BRD — herumgereichte Behauptung die Sowjets hätten uns ÖsterreicherInnen die Neutralität aufgezwungen ist vielleicht Folgendes:

Kurz nach Stalins Tod galt in der Politik der KP der UdSSR immer noch der Grundsatz: „Neutralität kann lediglich als eine Übergangsphase für noch nicht gesellschaftspolitisch entwickelte Staaten, die auf dem Weg zum Sozialismus sind, gesehen werden.“ Noch Mitte 1954 sagte der KPÖ-Chef Johannes Koplenig: „Gegen die wachsende Bedrohung durch den deutschen Militarismus kann es keine Neutralität geben.“

Die Neutralität wurde von den Sowjets nicht von vornherein von uns verlangt. Es war einiges an Überzeugungsarbeit notwendig — und vor allem eine innersowjetische Entwicklung dahingehend, dass eine völkerrechtlich fundierte Neutralität für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion ausreichend sein könnte.

Mit zunehmender Verschärfung der Ost-West-Spannung wurde es ruhiger um die Neutralität. Falls jemand das Wort Neutralität aussprach, wurde er sofort als halber Mitläufer der Sowjets angeprangert.

Der Bundeskanzler hatte da so seine Erfahrungen, was ihn aber nicht beirrte. Irgendeine einheitliche Linie der Regierungsparteien zu diesem Thema gab es nicht. 1952 und 1953 waren die Hoffnungen auf einen baldigen Abschluss des Staatsvertrages auf einem Tiefpunkt angelangt. Bezeichnend dafür war etwa der Film „1. April 2000“. Da wurde an diesem Tag die sow-

jetische Zustimmung zur Unterfertigung des Staatsvertrages gezeigt. Der Sohn Stalins hatte gerade die Tochter des US-Präsidenten Harry Truman geheiratet.

Große Hoffnung wurde dann in die Berliner Außenministerkonferenz der vier alliierten Mächte Ende Januar / Anfang Februar 1953 gesetzt, die leider keinen echten Durchbruch brachte. Allerdings wurde dabei klar, dass eine Lösung für Österreich möglich sein könnte, auch wenn die Deutsche Frage noch nicht gelöst wäre. Wie man Jahre später erfuhr, haben die Sowjets intern die sture Haltung Molotows bei dieser Konferenz scharf kritisiert.

Mitte 1954 gab es dann eine bemerkenswerte Einladung an die österreichische Regierung, einen oder mehrere Regierungsmitglieder zur Eröffnung der Allsowjetischen Landwirtschaftsausstellung nach Moskau zu entsenden.

Zwischen den Koalitionsparteien gab es in dieser Frage der Entsendung eines ÖVP- und eines SPÖ-Ministers keine Einigung. Landwirtschaftsminister Franz Thoma nahm dann an der Eröffnung teil. Er wurde von den Sowjets unübersehbar hofiert, was auf eine mögliche direkte Gesprächsbereitschaft mit Österreich schließen ließ.

Ein besonderes Ereignis war die Haltung der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungstruppen beim Hochwasser im Sommer 1954.

Die Soldaten, die an der Hilfe direkt beteiligt waren, wurden durch Österreich ausgezeichnet, allerdings — auf Wunsch der Amerikaner — nicht in einer gemeinsamen Zeremonie.

Nachdem in den nächsten Monaten wieder keine Bewegung in der Staatsvertragspolitik wahrnehmbar war, kam es am 8. Februar 1955 zu einer nicht gleich erkennbaren grundsätzlichen Wende in der sowjetischen Politik. Ministerpräsident Malenkov wurde durch Bulganin ersetzt. Der erste Sekretär der KPdSU, N. S. Chruschtschow, trat in den Vordergrund. Molotow hielt im Obersten Sowjet eine außenpolitische Grundsatzrede.

Um nähere Präzisierungen über die Absichten der sowjetischen Regierung zu erhalten, wurde Botschafter Bischoff beauftragt, mit Molotow direkt Gespräche zu führen.

Am 24. März 1955 überreichte dann Molotow mit einer Antwort auf österreichische Klarstellungen die Einladung für eine Regierungsdelegation zu Staatsvertragsverhandlungen nach Moskau. Die Bundesregierung nahm diese Einladung nach Information der westlichen Alliierten an und nominierte Raab, Schärf, Figl und Kreisky als Delegation.

Es ist überaus interessant, dass in der Vorbereitung der Moskauer Reise zwischen den österreichischen Ministerien intensive Gespräche über viele Einzelheiten des Vertragsentwurfes geführt wurden, aber nicht über den

politischen Grundsatzbeschluss, von dem Erfolg oder Misserfolg abhängen musste.

Vor der Abreise der österreichischen Delegation am 11. April 1955 zu den entscheidenden Staatsvertragsverhandlungen nach Moskau gab es keinen Beschluss über die Frage „Neutralität“, weder in der Bundesregierung noch im Plenum des Nationalrates, des Bundesrates oder der Parlamentsklubs. Raab und Figl gaben im ÖVP-Klub eine Information über die Art der Reise und über den möglichen Ablauf der Verhandlungen in Moskau. Dann gab es Applaus, aber keine Abstimmung. Im SPÖ-Parteivorstand gab es, so wurde gesagt, nur die klare Feststellung, in Moskau werde nicht über Neutralität gesprochen.

Eine Entscheidung über eine allfällige immerwährende Neutralität war sicherlich nicht leicht zu treffen. Sie enthielt viele Risiken.

Ich bin persönlich überzeugt, hätte es etwa im Februar/März 1955 eine Volksbefragung oder gar eine Volksabstimmung über die Frage Neutralität für Österreich gegeben, so wäre eine solche Abstimmung gegen die Neutralität ausgegangen.

Als ich im Herbst 1953 als Sekretär zu Bundeskanzler Raab gekommen bin, sagte er mir bei unserem ersten Gespräch, sein Ziel sei es, eine Neutralität wie die der Schweiz für Österreich zu erreichen. Darüber solle man allerdings nicht öffentlich sprechen, da die Zeit dafür noch nicht gekommen sei.

Es war für mich also nichts Neues, als mir der Bundeskanzler auf der Fahrt zum Flughafen Vörlau sagte, er sei fest entschlossen mit dem Vorschlag einer immerwährenden Neutralität die Entscheidung in Moskau herbeizuführen.

In Gesprächen innerhalb der österreichischen Delegation gab es keine Einigung über diese Frage.

Das Außenministerium hatte ein 26-Punkte-Papier über die zukünftige Politik Österreichs vorbereitet (sicherlich vom Völkerrechtsbüro vorbereitet und von Kreisky gewünscht), das Verpflichtungen in Aussicht stellte, die der blockfreien Haltung entsprach. Das war für Molotow nicht verpflichtend genug.

Auch während des Aufenthaltes in Moskau gab es keine einhellige Auffassung, ob in Moskau über Neutralität geredet werden sollte oder nicht.

Daher war eine Antwort auf die entscheidende Frage Molotows — welche Politik Österreich in Zukunft führen werde — nicht gleich möglich.

Der Bundeskanzler erklärte nach einer Sitzungsunterbrechung, bei der immer noch keine Einigung in der Delegation erzielt wurde, die österreichische Absicht, ein Gesetz über die immerwährende Neutralität betreffend die

zukünftige österreichische Politik im Parlament einzubringen und für eine verfassungsmäßige Mehrheit dieses Gesetzes zu sorgen.

Es handelte sich um eine Verwendungszusage der österreichischen Delegation — im Moskauer Memorandum. Die Neutralität in Moskau zu beschließen — dazu hatte die Delegation keine Vollmacht.

Die Sowjets waren außerdem sichtlich daran interessiert, dass die verfassungsgerechte Beschlussfassung in Österreich gewährleistet war. Außerdem sollte Österreich die anderen Alliierten überzeugen.

In Moskau selbst war bereits am 13. April 1955 mehr als die Hälfte der Materien behandelt und provisorisch abgeschlossen worden. Molotow gab am späten Nachmittag einen Empfang im Spiridonowska-Palais. Dabei kam es zu einem eigenartigen Vorfall. Molotow, ein sowjetischer Dolmetscher, Figl und ich standen beisammen und tauschten Belanglosigkeiten über Wetter und die Schönheit des Kremles usw. aus.

Plötzlich sagte Figl: „Herr Ministerpräsident Molotow, Sie können sich kaum vorstellen, wie beeindruckend für mich schon in der Zwischenkriegszeit der Name Molotow, ‚der Hammer‘, war; ein Symbol der großen Sowjetmacht.“ Das ging noch so einige Sätze in einer etwas blumigen Sprache weiter.

Aber dann kam etwas Besonderes. Figl sagte: „Aber am meisten beeindruckt war ich, als wir einmal im KZ um 5 Uhr früh bei eisiger Kälte am Appellplatz antreten mussten, gefroren haben wir, einige Häftlinge sind vor Schwäche umgefallen, und dann haben wir nach Stunden plötzlich Ihre Stimme aus dem Lautsprecher des Konzentrationslagers gehört. — Das war damals, als Sie den Vertrag mit Hitler abgeschlossen hatten.“

Ich dachte, nun bricht die Welt zusammen, aber Molotow sagte nur „da, da“ (ja, ja).

Figl hatte damit signalisiert, wir wissen und erinnern uns, am Beginn dieses furchtbaren Krieges gab es den Hitler-Stalin-Pakt und wir waren im KZ.

Es ist aber auch ein Hinweis auf das Verhalten der Staatengemeinschaft im März 1938, wo sich alle Staaten beeilten, die von Hitler geschaffene Situation mit der Einverleibung Österreichs sofort anzuerkennen.

Der 15. Mai 1955 mit dem Ausspruch „Österreich ist frei“ war meiner Meinung nach das erste österreichische Fest seit 1918, bei dem sich alle Österreicherinnen und Österreicher in einem gemeinsamen Vaterland empfinden konnten.